

04.09.2019

Beschlussempfehlung und Bericht

des Integrationsausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4455

Älteren Menschen mit Migrationsgeschichte den Zugang zu Pflege- und Altenhilfe erleichtern und ihre Lebensleistung würdigen

Berichterstatlerin: Abgeordnete Margret Voßeler-Deppe

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/4455 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 04.09.2019/Ausgegeben: 09.09.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/4455 - wurde durch das Plenum am 12. Dezember 2018 zur Federführung an den Integrationsausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales und an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen überwiesen. Die abschließende Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Integrationsausschusses im Plenum stattfinden.

B Beratung

Der Integrationsausschuss hat den Antrag am 9. Januar 2019, 22. März 2019, 8. Mai 2019, 5. Juni 2019 und am 4. September 2019 beraten.

Eine Anhörung von Sachverständigen wurde unter nachrichtlicher Beteiligung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 22. März 2019 durchgeführt. Der Wortlaut ist im Ausschussprotokoll 17/579 dargestellt.

Anlässlich der öffentlichen Anhörung wurden folgende Sachverständige gehört:

Sachverständige/Verbände	Stellungnahme
Städtetag Nordrhein-Westfalen	17/1277
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen	
Landkreistag Nordrhein-Westfalen	
Landesintegrationsrat NRW	17/1323
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen	17/1280
Wissenschaftliche Geschäftsführerin des Instituts für Gerontologie an der TU Dortmund	17/1300

Sachverständige/Verbände	Stellungnahme
Konstantinos Andreopoulos Düren	17/1275
Integrationsbeauftragter LVR-Klinik Köln	17/1267
Faize Berger Management Consulting Ratingen	17/1290 (Neudruck)
Dipl. Geograph Mustafa Çetinkaya Gelsenkirchen	17/1287
Der Paritätische NRW Bochum	17/1266
Geschäftsführerin pro wohnen international e.V. Oberhausen	17/1311
Pflegedienstleiterin im Seniorenzentrum Innenhafen Duisburg	nein

In der Debatte im Ausschuss führt die Fraktion der SPD aus, dass sie, vor dem Hintergrund einer wachsenden Zahl älterer Menschen mit Migrationshintergrund u.a. beabsichtige, die interkulturelle Öffnung in den Institutionen der Altenpflege und -hilfe voranzutreiben und der Vereinsamung im Alter entgegenwirken wolle.

Die Fraktion der CDU hebt in der Beratung hervor, wie vielseitig das Thema sei. Ihrer Ansicht nach sei der Zeitpunkt, wann die Angebote bereitgestellt werden sollen, bedeutsam.

Die Fraktion der FDP unterstreicht, dass der Antrag ein wichtiges und komplexes Thema anspreche. Die kommunalen Strukturen könnten dabei, möglicherweise unterstützend genutzt werden.

Nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN greift der Antrag wichtige Aspekte auf. Es gehe ihrer Meinung nach nicht darum, Versäumnisse aus der Integrationspolitik nachzuholen, sondern den Migrantinnen und Migranten ein würdevolles Altern zu ermöglichen.

Die Fraktion der AfD plädiert in der Diskussion dafür, die vielen „kleinen“ Lösungsvorschläge aus der Anhörung aufzugreifen und kultursensible Lösungen zu finden.

Der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat den Antrag am 8. Mai 2019 und der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen hat den Antrag in der Sitzung am 9. Mai 2019 abschließend beraten. Die beiden Ausschüsse haben ihre Mitberatungen jeweils ohne Abgabe eines Votums abgeschlossen.

Der federführende Integrationsausschuss hat den Antrag in der Sitzung am 4. September 2019 abschließend beraten und abgestimmt.

Der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, SPD und FDP - Drucksache 17/7295 - war im federführenden Ausschuss nicht abzustimmen.

C Abstimmung

Der Integrationsausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN den Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/4455 - abzulehnen.

Margret Voßeler-Deppe
Vorsitzende